

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Preis pro Verkaufsausgabe 20 Pf. — Geschäftsverträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Gansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bonn, Bismarckstraße 33-32. Telefon-Nr. 95 u. 80. Telegr.-Adr.: Altverband Bonn.

Wilde Streiks.

Obwohl die Bergarbeiter jetzt alle Streitfragen auf dem Verhandlungswege zum Austrag bringen können, sind doch in letzter Zeit eine Anzahl wilde Streiks entstanden. Entgegen allen gewerkschaftlichen Regeln traten die Belegschaften meist in den Streik, ohne daß vorher auch nur der Versuch zu einer friedlichen Verständigung gemacht wurde. Das ist hauptsächlich die Folge mangelnder gewerkschaftlicher Schulung. Wäre die gewerkschaftliche Schulungsarbeit von den Werksbesitzern nicht immer mit allen Mitteln erschwert und unterbunden worden, dann hätten uns die bösen Erfahrungen der letzten Zeit erspart bleiben können. Die Werksbesitzer ernten jetzt, was sie jahrzehntelang gesät haben. Bedauerlich ist nur, daß die Gesamtheit mit darunter leiden muß.

Warum werden Streiks geführt? Etwa zum Vergnügen? Doch gewiß nicht! Es soll vielmehr dadurch erreicht werden, was anders nicht zu erreichen ist. Streiks sind mithin nicht Selbstzweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck. Nur dann soll dieses äußerste Mittel angewandt werden, wenn alle anderen Mittel verjagen und keine Aussicht mehr besteht, daß es zu einer friedlichen Verständigung kommen kann. Es muß daher in allen Fällen eine friedliche Verständigung versucht werden, bevor zum Streik gegriffen wird. Für gewerkschaftlich geschulte Arbeiter ist das selbstverständlich. Die gewerkschaftlich ungeschulten Arbeiter aber sehen sich darüber hinweg, ohne daß ihnen die Tragweite ihres Handelns auch nur zum Bewußtsein kommt.

Das wird durch die jüngsten Vorgänge im Bergbau erneut bewiesen. Bis dahin überwiegend gelbe und unorganisierte Belegschaften traten in den Streik, ohne vorher Forderungen zu stellen oder eine friedliche Verständigung zu versuchen. Erst wenn alles im Streik stand, wurde das nachgeholt. Hierbei zeigte sich dann dieselbe Blantlosigkeit und Unüberlegtheit. Die Forderungen wurden auf ihre Durchführbarkeit gar nicht geprüft. Eine Belegschaft forderte die Sechshundertacht und 18 Mark Mindestlohn, eine andere die Sechshundertacht und 20 Mark Mindestlohn usw. Sozart die Ablehnung oder Wiederannahme von Betriebsbeamten wurde stummweigend gefordert. Vernunftgründe kamen nicht zur Geltung. Die Führer waren meist losgerissen in die Organisation hineingeschneite oder sonst fragwürdige Elemente, die aller Führereigenschaften entbehrten. Wer in den Streikversammlungen zur Reue kam und auf die schweren Gefahren hinwies, mußte damit rechnen, niedergedrückt zu werden. Eine Anzahl unserer führenden Verbandskameraden können davon ein Liedchen singen.

Alle gewerkschaftlich geschulten Arbeiter sind sich darin einig, daß auf diese Weise dem Arbeiterinteresse nicht gedient werden kann. Wir haben jetzt auch im Bergbau die Anerkennung der Arbeiterorganisationen als Arbeitervertretung durchgesetzt. Darum müssen nun auch alle Streitfragen auf dem Verhandlungswege zum Austrag gebracht werden. Die hierbei getroffenen Vereinbarungen sind für alle Teile bindend und müssen gewissenhaft gehalten werden. Wer seine Vertragsstreue nicht hält, kann auch keine Vertragsstreue beanspruchen. Das mögen alle diejenigen wohl bedenken, die sich gedankenlos über alle Vereinbarungen hinwegsetzen und sich an wilden Streiks beteiligen oder gar dazu auffordern. Wer das tut, ladet eine schwere Verantwortung auf sich und darf sich nicht beklagen, wenn ihm einmal mit gleicher Münze heimgezahlt wird.

Allerdings haben es die Werksbesitzer früher auch nicht besser gemacht. Soweit es ihnen möglich war, ließen sie nur ihre Macht als Recht gelten. Aber es hat sich jetzt gezeigt, daß das ein verhängnisvoller Fehler war. Sollen wir nun trotzdem in den gleichen Fehler verfallen? Damit setzen wir uns auch der gleichen Gefahr aus. Das wollen doch auch diejenigen nicht, die sich jetzt über alle Vereinbarungen und Organisationen hinwegsetzen und sich an wilden Streiks beteiligen oder dazu auffordern. Die Grundlage allen natürlichen Rechts: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu“, muß darum allgemein zur Geltung gebracht werden. Dafür müssen sich unsere gewerkschaftlich geschulten, kampfbereiten Verbandskameraden mit aller Kraft einsetzen. Wilde Streiks bedeuten jetzt Selbstmord und Wahnsinn. Das muß allen klar gemacht werden. Die geistlose Vernunft muß über den selbstmörderischen Unverstand siegen, der zu wilden Streiks treibt.

Wir müssen uns dabei auch klar darüber sein, daß sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter trotz Erhebung der politischen Macht auf die Dauer durch keine Lohnerhöhung bessern läßt, wenn nicht die Masse der Wirtschaftsgüter vermehrt werden kann. Dazu bildet aber die ausreichende Versorgung mit Kohlen die wichtigste Vorbedingung. Nicht die Höhe, sondern die Kaufkraft der Löhne ist entscheidend. Diese wird aber bestimmt von den Mengen an Waren und Lebensmitteln. Tritt nicht eine entsprechende Vermehrung und damit Verbilligung der Waren und Lebensmittel ein, dann kann sich die Lage der Arbeiter auf die Dauer nicht bessern, auch wenn sich die Löhne verdoppeln. Solange nicht genügend Lebensmittel, Kleider, Schuhe usw. vorhanden sind, wird jede Lohnerhöhung auch eine Steigerung der Preise und eine weitere Geldentwertung zur Folge haben.

Eine dauernde Besserung kann daher nur eintreten, wenn alle Kraft auf die Steigerung der Produktion an Waren, Lebensmitteln usw. gerichtet wird. Durch wilde Streiks geschieht aber das Gegenteil. Dadurch wird nur die Höchsterforderung herbeigeführt und damit alles andere unterbunden. Hunger und Arbeitslosigkeit werden hervorgerufen und unser ganzes Wirtschaftsleben bedroht. Wer das noch nicht einsehen kann, der muß schnell und mit Nachdruck zur Einsicht gebracht werden, bevor es zu spät ist. Dabei müssen alle mitwirken, die guten Willens sind. Wir wiederholen: Wilde Streiks bedeuten jetzt Selbstmord und Wahnsinn und sie müssen aufhören. Das muß allen zum Bewußtsein gebracht werden, die es nötig haben. Wer da nicht hören will, muß fühlen. Wir dürfen nicht länger tolerant zu sehen, wie selbstmörderischer Unverstand alles in Trümmer schlägt und den alten, gestützten Gewalten durch wilde Streiks in die Hände arbeitet. Auch das wäre Selbstmord und Wahnsinn. Alles muß eine Grenze haben. Zudem werden diejenigen, die sich als Führer der wilden Streiks aufgeworfen haben, im Ernstfall keine Verantwortung dafür tragen. Die Verantwortlichen sind die Führer der Arbeiterorganisationen. Wir müssen darum auch dafür sorgen, daß wir sie tragen können. Das erfordert die Selbsterhaltung unseres Verbandes und Volkes.

Löhne im preussischen Bergbau.

Im „Reichsanzeiger“ vom 16. Dezember 1918 wird die amtliche Statistik über die Bergarbeiterlöhne in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens bis einschließlich 3. Vierteljahr 1918 nach Abzug aller Arbeitskosten sowie der Versicherungsbeiträge veröffentlicht. Einen allgemeinen Vergleich ermöglicht am besten unsere gewöhnliche Uebersicht über die Durchschnittslöhne der einzelnen Arbeiterklassen, sowie aller Arbeiter, die wir nach der amtlichen Statistik zusammengestellt haben. In den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens gestaltete sich demnach der Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht je im 2. Vierteljahr 1914 bis 1918 und im 3. Vierteljahr 1918 (in Mark):

Arbeiterklasse	2. Vierteljahr 1914						3. Vierteljahr 1918						Steigerung in Prozent
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.			
Eigentliche Bergarbeiter	3,69	3,69	3,69	3,69	7,15	7,15	7,15	7,15	7,15	7,15	7,15	93,8	+122,2
Sonstige Bergarbeiter	3,17	3,17	3,17	3,17	6,19	6,19	6,19	6,19	6,19	6,19	6,19	95,3	+104,4
Erwachsene Tagesarbeiter	3,95	3,95	3,95	3,95	4,41	4,41	4,41	4,41	4,41	4,41	4,41	99,3	+125,2
Jugendliche Arbeiter	1,24	1,24	1,24	1,24	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	117,7	+144,0
Weibliche Arbeiter	1,30	1,30	1,30	1,30	3,96	3,96	3,96	3,96	3,96	3,96	3,96	63,0	+100,1
Durchschnittsarbeiter	3,31	3,31	3,31	3,31	5,49	5,49	5,49	5,49	5,49	5,49	5,49	90,7	+97,9

In den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens schwankte nach der vorstehenden Uebersicht der Durchschnittslohn und die Lohnsteigerung pro Arbeiter und Schicht:

Arbeiterklasse	Durchschnittslohn		Steigerung in Prozent
	2. Vierteljahr 1914	3. Vierteljahr 1918	
Eigentliche Bergarbeiter	zwischen 3,69+6,19	7,15+13,78	93,8+122,2
Sonstige Bergarbeiter	zwischen 3,17+4,99	6,19+10,20	95,3+104,4
Erwachsene Tagesarbeiter	zwischen 3,95+4,41	6,02+10,27	99,3+125,2
Jugendliche Arbeiter	zwischen 1,24+2,00	2,70+4,88	117,7+144,0
Weibliche Arbeiter	zwischen 1,30+3,96	3,80+6,06	63,0+100,1
Durchschnittsarbeiter	zwischen 3,31+5,49	6,61+10,47	90,7+97,9

Bei Würdigung der vorstehenden wie auch der folgenden Lohnangaben ist die nicht unerhebliche Verschiebung in der Zusammenfassung der Belegschaft infolge des Krieges zu beachten. Außerdem sind die Löhne der Gefangenen dabei außer Betracht gelassen. Bei Würdigung der Durchschnittslöhne der verschiedenen Arbeiter ist zu beachten, daß dieselben vor dem Kriege außerordentlich niedrig entlohnt und während der Kriegszeit vielfach mit Arbeiten, auch unterirdisch, beschäftigt wurden, die vordem ältere und höher bezahlte Arbeiter verrichteten. Die Arbeiterinnen wurden ebenfalls vielfach mit Arbeiten beschäftigt, die vordem höher bezahlte Arbeiter verrichteten. Selbstverständlich muß bei Würdigung der prozentualen Lohnsteigerung auch der Lohnstand vor dem Kriege beachtet werden.

Die vorstehende Lohnübersicht wird wirksam ergänzt durch die folgende Zusammenfassung aller Hauptbergbaubezirke. Arbeiterzahl, Schichtenzahl und Lohnsumme gestalteten sich in den angeführten 16 Hauptbergbaubezirken Preußens zusammengenommen seit dem 2. Vierteljahr 1914 wie folgt:

Zeitraum	Arbeiter	Schichten	Lohnsumme	
			pro Arbeiter	(Schicht)
2. Viertel 1914	767.177	68.197.668	78	299.826.363
3. Viertel 1914	672.319	48.210.115	80	216.642.410
1. Viertel 1915	549.729	43.626.034	79	911.016.349
2. Viertel 1915	536.411	43.894.478	82	301.856.910
3. Viertel 1915	532.397	42.983.646	81	203.941.028
1. Viertel 1916	524.034	38.366.257	88	224.830.712
2. Viertel 1916	532.699	44.727.558	84	228.648.964
3. Viertel 1916	562.636	46.762.096	85	247.549.236
1. Viertel 1917	667.794	46.284.280	82	256.294.736
2. Viertel 1917	697.349	49.209.800	87	288.655.940
3. Viertel 1917	577.862	47.461.582	82	264.054.660
1. Viertel 1918	583.722	49.092.760	82	303.861.298
2. Viertel 1918	606.403	49.171.412	81	332.711.882
3. Viertel 1918	632.062	63.638.723	85	396.291.618
1. Viertel 1919	682.258	63.525.201	82	430.450.938
2. Viertel 1919	645.544	62.010.855	81	436.783.242
3. Viertel 1919	646.378	61.608.062	60	448.887.707
1. Viertel 1920	618.660	61.499.337	63	473.990.608

Die Arbeiterzahl ist nach dieser Zusammenstellung in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens vom 2. Viertel 1914 bis zum 3. Viertel 1915 um 243.143 zurückgegangen, von da ab bis zum 4. Viertel 1917 um 128.224 gestiegen und von da bis zum 3. Viertel 1918 wieder um 33.708 zurückgegangen. Besonders auffallend ist der starke Rückgang im 3. Viertel 1918. Selbstverständlich mußte dadurch auch die Förderleistung entsprechend beeinträchtigt werden. Da gewisse Kreise nur allzu geneigt sind, jeden Förderrückgang auf das Schuldkonto der Arbeiter zu setzen, muß das ausdrücklich festgestellt werden, um Legendenbildungen vorzubeugen.

Im 3. Viertel 1918 war die Gesamtzahl der Arbeiter um 148.627 niedriger, die Belegschaftsumme aber um 204.164 241 Mark höher, wie im 2. Viertel 1914. Hierbei, sowie bei Würdigung des Vierteljahreslohnes ist jedoch die höhere Schichtenzahl pro Arbeiter zu berücksichtigen. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter war in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens im 3. Viertel 1918 pro Schicht um 4,57 Mk. gleich 98,3 Prozent höher, wie im 2. Viertel 1914. Die Steigerung betrug im 2. Viertel 1918 pro Schicht 4,06 Mk. gleich 87,3 Prozent. Der Durchschnittslohn ist mithin im 3. Viertel 1918 pro Schicht um 0,51 Mk. gleich 11 Prozent gegen das Vordierteljahr gestiegen. Darin kommen aber die im August gemachten Zugeständnisse nur teilweise und die späteren Zugeständnisse überhaupt noch nicht zum Ausdruck.

Die hauptsächlichsten Zugeständnisse werden erst im 4. Viertel 1918 in der amtlichen Lohnstatistik zum Ausdruck kommen. Zugeständnisse müssen aber die Arbeiter überall selbst darauf achten, daß sie nicht zu kurz kommen. Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter. Wer nicht selbst mit darauf achtet, der ist nicht benachteiligt, dem ist nicht zu helfen. Die Arbeiterorganisationen können nicht die Entlohnung eines jeden einzelnen Arbeiters überwachen. Jeder Arbeiter muß vielmehr nach Kräften mit dafür sorgen, daß die Zugeständnisse gehalten werden müssen. Alle Benachteiligungen müssen beanstandet und auf dem Verhandlungswege erledigt werden. Nur dann wird die Gleichberechtigung bis zum letzten Drücker zur Geltung kommen, wenn sich jeder Arbeiter gleichberechtigt fühlt und danach handelt.

Dazu muß auch bei den meisten Arbeitern ein anderer Geist einkehren. Der Zusammenhalt muß größer werden. Einer muß dem anderen helfen. Keiner darf sich gegen den anderen auspielen lassen. Wahre Kameradschaftlichkeit muß überall Platz greifen. Wie wir wünschen, daß unsere Rechte geachtet werden, so müssen wir auch die Rechte anderer achten. In jahrzehntelanger, mühevoller und opferreicher Arbeit haben die organisierten Arbeiter die Grundlage geschaffen zum Aufbau unserer Zukunft. Alles steht noch sozusagen in den Anfängen, nur die Grundlage ist da. Auf dieser Grundlage muß mit vereinter Kraft planmäßig und zielbewußt weitergearbeitet werden. Nur wenn das geschieht, lassen sich die Aufgaben erfüllen, die unserer barren, Arbeiten, kämpfen und nicht verzaugen! Einer für alle und alle für einen!

Wird die Kohlenförderung zurückgehalten?

In Arbeiter- und Beamtenkreisen wird vielfach angenommen, die Kohlenförderung würde werksseitig abfichtlich zurückgehalten, um die Erzeugnisse der Revolution wieder zu Fall zu bringen. Die Werksleiter haben sich sehr stark gegen diese Annahme gewandt. Wie die Arbeiter darüber denken, ergibt sich besonders anschaulich aus der Zuschrift eines alten Verbandesamtraden aus dem Hammer Bezirk, worin es heißt:

Wie sichern wir die Erfolge der Revolution? Das ist die Kernfrage der Gegenwart. Die alte Weltordnung ist gestürzt und an der Macht der aufsteigenden Menschheit schreitet jeder Versuch, dieselbe wieder herzustellen. Was ist das hier und dort noch eine Arbeiterfalschheit, auf die die Bestürzung des alten Geantetums rechnen. Die Frage aber, daß eine solche Arbeitergruppe das Rad der Zeit aufhält, verneint sich und ich glaube auch, allen Grund dazu zu haben. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterfalschheit will Licht, Luft und Freiheit, und diese sind die Träger der Revolution.

Die Revolution festzuhalten, ist in erster Linie Sache der Bergarbeiter. Ohne Kohle steht das große Rad unseres Wirtschaftslebens still und das bedeutet, ist kaum zu beschreiben. Das wäre das Signal zum Umsturz, das wäre das größte Elend, was uns noch treffen könnte. Umsturz wären alle Hoffnungen und Träume. Das Rad muß in Gang bleiben. Die Eisenbahnen müssen fahren, die Fabriken und Eisenhütten dürfen nicht still stehen. Es muß für möglichst viel Arbeitsgelegenheit gesorgt werden, damit das Meer der Arbeitslosen nicht auszu groß wird. Vor allen Dingen muß Kohle und nachmalig Kohle sein.

Die Förderer sind sehr bedenklich gesonnen. Sie ist nicht gesunken durch die Schuld der Bergarbeiter. Verschiedene Dinge spielen hier zusammen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Bewegung eine vorübergehende Rolle gespielt hat. Aber eben nur vorübergehend. Einen Teil Schuld finde ich am Einlen der Belegschaftsleiter durch den Abtransport der Gefangenen. Aber auch dieses Moment ist vorübergehender Natur, weil es doch möglich ist, die Belegschaftsleiter durch die heimkehrenden Arbeiter wieder zu erziehen. Warum sollten auch anderswo Arbeitslose sein, wenn im Bergbau so viel zu schaffen ist? Immer heran ins Bergwerk, heißt Kohlen schaffen, damit das heimische demütigen wird!

Ein anderer und für den Kapitalisten einschneidender Grund ist, daß die Beschäftigten doch naturgemäß an der Entwicklung der politischen Dinge kein Interesse haben können. Die Köhne auch eine Klasse den wir selbst abgeben können, auf dem sie liegt, damit sie in die Tiefe sinkt! Und das würden sie doch tun, wenn sie das heutige Wirtschaftsleben steigern und damit der Revolution zum vollen Siege verhelfen würden. Läge die Entwicklung der Dinge in ihrem Interesse, sie würden auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen Mittel und Wege finden, die Förderer zu steigern. Die früher, so würden auch heute Fördererbeschäftigten angestellt werden und es würden auch Arbeiter zu haben sein, die in Schichten, wie früher, verfahren. Eine andere Frage ist die Lohnfrage. Durch den 25prozentigen Aufschlag, den die Werksleiter jetzt für Ueberfrachten zahlen müssen, ist ihnen ein großer Teil des Interesses an Ueberfrachten geraubt worden. Profit, das ist das Zeichen, unter dem die Kapitalisten produzieren lassen. Im ganzen genommen ist ihnen der Zusammenbruch der Revolution und damit der große Altschadensabbau viel lieber, als eine geordnete sozialistische Weltordnung.

Wenn wir Arbeiter uns die Frage vorlegen, wie wir der Revolution den vollen Sieg geben können, so bleibt uns nur die eine Antwort übrig: Arbeit und Opferung. Jetzt müssen wir uns selbst helfen. Wir müssen selbst versuchen, die Förderer zu heben. Ich meine nicht etwa, daß wir in der laufenden Schicht noch mehr leisten sollen. Nein, wenn wir auch unsere ganzen Kräfte noch einmal ganz anstrengen sollen, denn jetzt arbeiten wir an dem Aufbau einer neuen Welt für uns, so will ich doch keinen Wahn haben. Ich meine, daß, wenn früher Ueberfrachten wegen Kohlenmangel verfahren wurden, womit doch nur das alte System gestützt wurde, so mühten wir es heute erst recht versuchen, Ueberfrachten zu verfahren. Heute gilt es nicht mehr der alten Welt, heute bauen wir eine neue und bessere Welt auf und die gehört uns und unseren Kindern. Mit meiner Meinung werde ich wohl zu allererst die Werksleiter aus vorhin angeführten Gründen auf meiner Seite haben. Zum anderen Teil, dessen bin ich mir bewußt, wird auch ein Teil der Bergarbeiterfalschheit mit dem Kopfe schütteln und sagen: Wir können nicht mehr, unsere Kräfte sind zu Ende. Ich gebe zu, daß unsere Kräfte nachgelassen haben, aber haben wir nicht schon so lange unter denselben Lebensbedingungen gearbeitet? Wieviel Ueberfrachten sind nicht während des größten Sträubenjahres verfahren worden und wir haben es ertragen, weil man uns den Teufel der Kriegsniederlage an die Wand malte. Wir haben den Krieg verloren, und wenn uns heute der Schrecken des Zusammenbruchs unseres Wirtschaftslebens vor unseren Augen geistert, so sind es nicht mehr die Kriegsgewinnler, die uns solche Schlägen, sondern unsere Leute, die von uns sind und zu uns gehören. Sagen wir nicht alle Ursache, ihnen zu glauben? Was uns die Herren der alten Welt gesagt haben, war ein Trugsbild. Was uns unsere Väter hinter uns zu natürlich, ist Wahrheit. Also glauben wir ihnen und handeln danach. Wir haben unendlich vieles geleistet und wir können auch heute noch, wenn wir uns zur Tat aufraffen. Wo uns Werte verschlungen hindern, müssen Partei- und Gewerkschaftsführer vorwärts helfen. Das ganze liegt nicht nur im Interesse der Partei, sondern der ganzen Nation. Jetzt Hand an! Der begeisterten Reden haben wir diese gehört, laßt uns Taten tun! Es gilt nur uns!

Was hier über die Notwendigkeit einer Erhöhung der Kohlenförderung gesagt wird, trifft den Nagel auf den Kopf. Bezüglich der Ueber-

frachten kann man geteilter Meinung sein. Wir halten es für besser, wenn so schnell als möglich hinreichend Arbeitskräfte eingestellt werden, dann erkräftigen sich Ueberfrachten. Diese sollen nur dann verfahren werden, wenn die Aufrechterhaltung des Betriebes und die Gefahr für Leben und Gesundheit von Arbeitern es erfordert. In allen anderen Fällen sind wir gegen die Ueberfrachten.

Wegen die Annahme, die Kohlenförderung würde werksseitig abfichtlich zurückgehalten, hat sich der Jugendverband in Essen telegraphisch an das Handelsministerium gemeldet und eine Untersuchung gefordert. Es haben deshalb bereits eine Reihe von Besprechungen zwischen den Vertrauensleuten der Organisationen, Ausschussmitgliedern, Werksleitern, Vertretern der Bergbehörden usw. stattgefunden. In der Hauptsache handelte es sich um folgende, von Arbeitern, aber auch von unteren und mittleren technischen Grubenbeamten vorgebrachte Vorwürfe und Beschwerden:

1. Es fehle den Kameradschaften oft an leeren Förderwagen; Stundenlang lägen darum in einer Schicht die Arbeitskräfte drach.
2. Es fehle mitunter tagelang an der nötigen Druckluft für Bohrhämmer, Schüttelkräusen usw., wodurch die Förderung stark verlangsamt würde.
3. Es würden Kameradschaften von guten vor schlechte Plätze verlegt, statt nun die besten auszunutzen.
4. Es würden die Vorrichtungsarbeiten, die Westeinsarbeiten, zu stark belegt, auch die Reparaturarbeiten würden in zu großem Umfange (in Anbetracht der Kohlennot) vorgenommen.
5. Die Arbeiterannahme erfolge zu langsam, sich meldende Arbeiter wären nicht angenommen worden.
6. Ueber- und Nebenfrachten lasse man nicht mehr verfahren, seitdem dafür 25 Prozent (für Sonntagsfrachten 50 Prozent) Lohnzuschlag gezahlt werden müßten.

Die eingehenden Besprechungen von Arbeiterausschussmitgliedern und Organisationsvertretern mit Werksleitern haben vor allen Dingen das eine klargestellt: Die meisten Werksleiter verstehen es noch nicht, mit den Belegschaftsvertretern (Arbeiterausschüsse oder Kommissionen) in vertrauensvoller Weise zusammen zu arbeiten. Immer ist man noch ängstlich bemüht, den „richtigen Abstand“ zu halten, anstatt die Belegschaftsvertreter in sachlicher, vertrauensvoller Weise über die kritischen Betriebsverhältnisse aufzuklären. Würde das liberal gesehen, dann würde dem Austausch und Verbreiten von Gerüchten, deren Bedeutung der Fachmann leicht nachprüfen kann, ein Riegel vorgeschoben. Behandle man die Belegschaftsvertreter werksseitig mit Vertrauen, unterrichte man sie in öfteren Sitzungen über die Betriebsmöglichkeiten und Notwendigkeiten, so wird diese Klärung allgemein möglich sein. Bei den stattgefundenen Besprechungen hat sich schon herausgestellt, daß traurige Mißverständnisse, erzeugt durch gegenseitiges Mißtrauen, beide Teile zu falschen Urteilen veranlaßt haben. Hier muß der Fabel zur friedlichen Verringerung angezettelt werden, wenn das Uebel nicht weiterreifen soll.

Bei den Besprechungen stellte sich heraus, daß der mit Recht geklagte Förderwagenmangel fast durchweg auf die im November notwendig gewordene Entlassung der vielen Gefangenen, Internierten usw. und auf die damit zusammenhängende Unruhe in der Betriebsanordnung infolge des plötzlichen starken Mangels an Fördermannschaften und Obertagsarbeitern zurückzuführen ist. Man mußte stellenweise selbst Untertagsarbeiter nach Obertage verlegen. Götten die Werksleiter die Belegschaftsvertreter damals rechtzeitig über den Umfang der eingetretenen Schwierigkeiten aufzuklären, die zur Mitarbeit bei der Beseitigung herangezogen, dann war der Regendenbildung der Boden ertragen. Daß in manchen Fällen die Wagenlieferung hätte besser sein können, ist sicher.

Das Fehlen der nötigen Druckluft hing und hängt nachweislich zusammen mit der Einschränkung des Kokslofenbetriebes, der bekanntlich auch zur Dampferzeugung für die Betriebsmaschinen der Kompressoren benutzt wird. Der Kokslofenbetrieb wurde wegen Arbeiter- und Kohlenmangel ganz bedeutend beschränkt. Die Werksleiter versicherten ausdrücklich, daß sie schon im eigenen Interesse bemüht sein müßten, die nötige Menge Druckluft erzeugen zu lassen; die Kompressoren seien auch infolge des jahrelangen Betriebes ohne größere Reparaturen oft in schlechtem Zustand. Um die größere Menge Gaslohlen zu gewinnen, sei die beschränkte Verlegung von Kameradschaften aus der Fets- in die Gaslohlenpartie erfolgt. Wenn nur erst wieder die notwendige Zahl von Arbeitern zur Stelle sei, dann würde sich auch der ganze Betrieb in der zur Friedenszeit gewohnten Weise regeln lassen. Daß gelegentlich der eine oder andere sich meldende Arbeiter auf der ersten Reihe nicht angenommen sei, müsse im einzelnen Falle untersucht werden. Eine Sperrbehalte nicht mehr! Die Jochen benötigten noch viele Arbeitskräfte; leider meldeten sich viele Arbeitslose noch nicht. Aber auch das werde sich in absehbarer Zeit regeln lassen mit Hilfe der Organisationen und der Arbeitssachverständigen.

Ueber die Frage, ob zum Teil Leute an Vorrichtungs- und Reparaturarbeiten gelegt würden, war die Aussprache eine sehr lebhaft. Die Werksleiter erklärten, während des Krieges seien die Vorrichts- und Reparaturarbeiten so stark zurückgeblieben, daß diese nun im Interesse einer dauernden Förderung nachgeholt werden müßten. Arbeiterfeind wurde dies im allgemeinen zugegeben, aber betont, nach ihrer Ansicht könnten noch mehr Arbeiter „vor Kohle“ beschäftigt werden, da es jetzt sehr an Kohle mangle. Auch diese Meinungsverschiedenheiten könnten durch regelmäßige Aussprache in den Arbeiterausschüssen beseitigt werden und es muß sich dabei herausstellen, welche Auffassung die richtige ist.

Daß Forderungen nun, nachdem die Ueber- und Nebenfrachten besser begahrt werden müssen, keinen Wert mehr auf Ueber- und

Nebenfrachten legen, ist unferrettig. Diesen Unterschied zwischen „einst“ und „zweit“ empfinden manche Arbeiter als eine Benachteiligung der Förderung. Nach Ansicht der Arbeiterorganisationen aber liegt für die Arbeiter doch kein Anlaß vor, den Kampf um Ueber- und Nebenfrachten zu befragen. Wenn die infolge Nachfragemangel entlassenen Arbeiter die regelmäßigen Arbeitsfrachten verfahren, dann tun sie ihre Pflicht gegenüber der Allgemeinheit durchaus. Daran muß festgehalten werden. Die stattgefundenen Auseinandersetzungen haben bereits viel zur Klärung der Streitfragen und „Gerüchte“ beigetragen. Wo sich bleibende Klärung über kritische Betriebsvorgänge erzielen ließ, da muß diese durch Verhandlungen in den Arbeiterausschüssen herbeigeführt werden. Das muß auch schon geschehen, um den sachmännlichen Nachweis zu erbringen, daß die Verlegung der Arbeitskräfte nicht den Fördererengang verzerrt hat, wie es die Werksleiter schon behauptet, nachdem die neue Schichtregelung erst ein paar Tage in Kraft ist. Auch von Werksleitern ist in den Besprechungen ausgesprochen worden, nach ihrer Ueberzeugung würde die Schichtverlegung keinen dauernden Leistungsverlust bedeuten, wenn erst einmal die Belegschaften wieder vollständig und die Betriebsverhältnisse dementsprechend geregelt seien.

Schließlich sei aber gesagt: Wenn die Werksleiter wirklich die Förderung zurückhalten wollten, um so innere politische Schwierigkeiten zu erzeugen und damit auf die schändliche Besetzung des Industriegebietes hinführen, dann werden solche Versuche doch durch die Arbeitseinstellung der Belegschaften am besten gescheitert! Wollen die Werksleiter wirklich, was ihnen das „Gerücht“ nachsagt, dann arbeiten ihnen die Leute, die sich an die Anordnungen der Organisationen nicht halten, sondern ohne weiteres zum „Brocken-Hinwerfen“ auffordern, ausgesprochen in die Hände. Das sollen sich die Belegschaften mal ruhig überlegen und sich dann sagen, daß heute die Aufrechterhaltung der vollen Kohlenförderung von jedem ehrlichen Freunde der deutschen Demokratie auch als eine Stütze der Demokratie angesehen werden muß.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.

Nach der Vereinbarung zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften vom 16. November 1919 ist auch eine Arbeitsgemeinschaft zwischen diesen beiden Kontrahenten unter dem 1. Dezember gebildet worden. Der Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft ist die Klärung der Verantwortlichkeit bei der Wiederaufstellung unserer Volkswirtschaft. Zum Zwecke der Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte sei es notwendig, daß die industriellen und gewerblichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam handeln. Die Satzung für die geschaffene Arbeitsgemeinschaft hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Arbeitsgemeinschaft bezweckt die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands betreffenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie alle sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten.

Die Organe der Arbeitsgemeinschaft sind: 1. der Zentralvorstand und der Zentralausschuss, 2. die Fachgruppen mit Gruppenvorstand und Gruppenausschuss, 3. die Untergruppen mit Untergruppenvorstand und Untergruppenausschuss.

§ 2. Sämtliche Organe werden paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet, die beiderseits in geteilter Verantwortung zu handeln werden. Die Vorsitzenden sind aus der Reihe der Mitglieder der Organe zu wählen. Der Vorschlag über die Ernennung innerhalb jedes Organs vorbehalten.

§ 3. Für jeden selbständigen Industrie- und Gewerbebetrieb kann eine Fachgruppe gebildet werden. Die Fachgruppe ist die zentrale Arbeitsgemeinschaft der organisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Industrie- und Gewerbebezuges. Ihre Aufgabe besteht in der selbständigen Regelung der ihnen Industrie- oder Gewerbebezugs betreffenden Fachfragen und zwar unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Zentralvorstandes und des Zentralausschusses. In Angelegenheiten, die über das Gebiet der in der Fachgruppe vereinigten Industrie bzw. des Gewerbes hinausgehen, haben die Fachgruppen das Recht, Anträge an den Zentralausschuss und an den Zentralvorstand zu richten. Die Fachgruppen bestimmen selbständig die Größe und Zusammensetzung ihres Vorstandes und Ausschusses sowie den Geschäftsablauf. Zugegen empfangende Satzung und Beschlüsse des Zentralausschusses bzw. Zentralvorstandes über die Größe der Vertretung der Fachgruppe im Zentralausschuss. Der Gruppenausschuss ist die Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Industrie- und Gewerbebezuges. Der aus dem Gruppenausschuss zu wählende Gruppenvorstand führt die Beschlüsse des Gruppenausschusses aus. Der Gruppenvorstand ist zur Ausfertigung von Stellvertretervereinbarungen und zur Einleitung von Arbeitsverträgen berechtigt, soweit dies in den Stellvertretervereinbarungen vorgesehen ist. Fachgruppen können sich zu Gruppenarbeitsgemeinschaften zusammenschließen.

§ 4. Innerhalb der Fachgruppen können auf sonderfachlicher, beruflicher oder ähnlicher Grundlage Untergruppen gebildet werden. Die Untergruppe ist die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des

Bresse-Revolution.

An seine Kollegen von der bürgerlichen Presse richtet in der „Weltbühne“ Alphonse Goldschmidt die folgende Mahnung:

Was wart ihr vor der Revolution? Ist diese Frage nicht berechtigt? Was wart ihr vor der Revolution? Habt ihr gekämpft, habt ihr euch aufgebäumt, habt ihr mit äußerster Seelenanstrengung dem Druck von oben widerstanden? Es ging um Kleines und Kleinliches, aber nicht um die große Sache. Die große Sache — das ist: Befreiung vom Sehnungsdruck, Befreiung vom Wirtschaftsdruk. Die große Sache — das ist: Befreiung jeder Person, nicht nur der Regierungszensur, sondern aller Zensuren. Schlimmer noch als diese beschränkte Regierungsmaßnahmen ist das Schicksal, die lebenswichtige Individualität, die kalte Rücksichtslosigkeit des Verlegerkapitals und seiner Strukturen. Hier war immer die Hauptgefahr. Von hier aus wurde wirklich geteilt. Die von den Verlegerfalschheit im Rücken mußte der Arme für die Inzertentatzen arbeiten, für das Dreifache, was es auf der Welt gibt. Unterhört Niederhaltung geistiger Schwermut durch Wirtschaftsdruk: das war ein Schmach. Wir wollen nicht mehr diese verfluchte Sophistik, diese zum Sparten alle Wohlheit der Verlagsdirektoren, dieses moralische Getöse mit den sichtbarsten Hintergründen. Wir wollen eine neue Zeit, eine Zeit des freien Geistes, des Geistes frei von jedem Druck. Der Geist soll einen freien Boden haben, er soll nicht im Sumpf stehen, er soll nicht unwillkürlich rausgerissen werden können, er soll sich selbst bestimmen. Es soll nicht mehr möglich sein, anhängende Seelen mit Willküren zu beschmetzen. Dazu brauchen wir neue Männer, dazu brauchen wir neue Taten. Nicht alle Männer mit alten Abhängigkeiten, sondern neue Männer mit dem Mut der Revolution. Man kann unmöglich den Leiter eines antiquierten Ueberbauwerks zum Führer der Journalistenrevolution machen. Ebenso gut könnte man Sudermann, den Dichter der bürgerlichen Altschadensabbau, zum Herrscher der sozialen Revolution kempfen.

Der Reichsverband der Deutschen Presse ist eine Gewerkschaft werden. Er muß die Gehälter und Gewinne, die Ergänzungen und Entlassungen bestimmen. Nicht mitbestimmen. Die Verleger sollen Diener der geistigen Pressearbeiter sein, sie sollen froh sein, daß sie dieses Geschäft betreiben dürfen. Dann sonst müßten sie ja mit Baumrinde oder Rindfleisch hausen. Und wenn Parität, dann so, daß die Interessen der Journalisten nicht mehr geknickt werden können. Die Journalisten-Gewerkschaft soll die Arbeitszeit festlegen. Acht Stunden für den geringen Arbeiter ist viel zu viel. Und was mit dem unferrettigen Nachdenken! Schon jetzt ein Berliner Blatt Schloppschick. Es peitscht das alte Kohle, um die Gefährden den anderen Litteraturwegzungen. Die Schreien laßt in den sozialen Staat und nicht in den Staat der Weltbewerbspreise. Die Zeit des brutalen Wirtschaftsliberalismus ist hoffentlich ein für alle Mal vorbei. Das ist mit eine schöne technische Kultur, wo der Unternehmer in Dauen schließt, während sein Pöbel die Rechte durch schreit. Galt ihr denn gar kein Gefühl für Menschenwürde? Weiter soll die Gewerkschaft Kontrolle der Verlagsverhältnisse über Kontrolle der Verlagsverhältnisse: das ist eine große Sache! Denn hier heißt es: Schwermut vermeiden, Bescheidenheiten, Inzertentatzen lein und hergeben. Hier findet man auch die Seele des Verlagsdirektors. Die findet man nicht in Leitartikeln oder in Versammlungsreden, sondern in den Geschäftsakten. Wir wollen keinen Druck der Banken auf den Geist, keinen Druck der Warenhäuser, gewisser Konfektionsfirmen, keinen Druck der Finanzzentralen, der Theaterdirektoren — wir wollen überhaupt keinen Druck auf unseren Geist. Deshalb müssen wir Kontrolle des Verlagsverhältnisses verlangen. Wir müssen Kontrolle

des Verlagsverhältnisses auch deshalb verlangen, weil wir die Einkünfte der Verleger kontrollieren müssen. Es muß eine ganz andere Einkommensverteilung werden. Es darf nicht mehr sein, daß ein Verleger Millionenbuckeln aufsteckt, während sein Reaktor für dreihundertfünfzig Mark im Monat oder noch weniger „öffentliche Meinung“ machen darf. Das soll nicht mehr sein. Diese Gesellschaftskontrolle wird auch allerlei andere Sünden beseitigen. Steuerbrüdergereien und dergleichen. Man glaubt gar nicht, von welcher Mannigfaltigkeit manche Verleger sind. Sie sind Großgeldempfänger für nicht geleistete Redaktionsarbeit und nicht geleistete Verlagsarbeit zugleich. Sie sind dabei Anzeigenscheiter, das heißt: Titeldruckempfänger und verstehen es auch sonst noch, ihren Vorteil zu spielen. Die Gesellschaftskontrolle soll aufräumen mit diesen Unrechtlichkeiten. Es sei gesagt: Nicht mehr soll der Verleger sich Schlösser bauen, während der Journalist sorgenlos zur Miete wohnt.

Die Gewerkschaft muß Vertrauensleute in den Betrieben haben, sie muß den Streik der geistigen Arbeiter an der Presse ermöglichen. Sie muß den Zusammenhang zwischen geistigen Pressearbeitern, Angehörigen und Arbeitern am technischen Apparat der Presse herstellen. Anlässe sind da, aber das genügt nicht, besonders darin nicht, wenn es kapitalistische Rettungsansätze sind.

Ferner brauchen wir Presseschiedsgerichtshöfe. Sie können von der Gewerkschaft organisiert werden und müssen für Vereinigung und Dauerhaltung der Presse sorgen. Die sogenannten ordentlichen Gerichte und die sogenannten Ehrengerichte haben versagt. Es waren Formelgerichte, die oft unter Gruppenneid oder unter Einfluß unaustrachtbarer Traditionen standen. Wir müssen Presseschiedsgerichtshöfe haben, die mit freien Männern besetzt sind, mit Männern, die nichts zu fürchten brauchen. Die wirtschaftlich frei sind, und deren Gewinnung sich drückt erheben kann. Und zwar müssen diese Gerichtshöfe schnell gebaut werden, denn die Reinigungsarbeit eilt. Man glaube doch nicht, daß man mit Konzeptionen durchkommt. Sanieret muß werden. Aber der Marsch muß weit über Deutschland hinausgehen. Es muß ein Weltbund der Presse gegründet werden. Deutschland hat heute mehr als die Ententeblätter das Recht, Brüderlichkeit zu verlangen. Deutschland ruft aus seiner heiligen Not nach Brüderlichkeit. Sie kann ihm nicht versagt werden. Ein Weltbund der Presse muß werden! Er soll die Friedensverträge durchziehen, Kriege verhindern, die internationale Presse von jedem Druck und Schmutz befreien, wie die Gewerkschaften internationale Arbeitsregelungen fordern. Er soll einen Presseschiedsgerichtshof schaffen, der jeden Fehler räumt. Er soll für Materialaustausch sorgen, für Personalaustausch, für Presseschulen, für eine Sanierung und Vereinigung des Nachrichtenwesens. Er soll in einem eigenen Friedenshaus sitzen, im Saal, in dem oder sonstwo. Er soll ein dauerndes Kennzeichen der Weltverbundenheit sein. Er soll eine Hilfe den Christen aller Länder und Völker werden.

Wilhelm II. rebete sich um alles.

Das kann ohne Uebertriebung gesagt werden. Bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten hat Wilhelm II. gerade und damit sich selbst und anderem Lande unermesslich geschadet. Mit seinen Reden hat er fast ausnahmslos nur die Gefühle unserer Gegner beleidigt.

Am 23. November waren 27 Jahre verflossen, wo Wilhelm II. bei der Bereidigung der Gardeeregimenter seine unglückliche seiner vielen unglücklichen Reden hielt, jetzt er sagte, daß der Kampf zur Niederwerfung sozialistischer Unruhe auch gegebenenfalls auf Vater und Mutter, Brüder, Schwäger und Verwandte zu ziehen müsse. Das

ist sicher das Stärkste, was eine von ihrer Grotterrenheit durchdrungene selbstherrliche Majestät jemals einem Volke bieten durfte.

Wilhelm II. galt als Impulsgeber, er gab dann aufs Wort dem unglückseligen Friedrich Wilhelm IV., mit dem er noch eine Reihe „Jüge“ gemeinsam hat, während er selbst immer seinem „verehrten Herrn Großvater“ gleichen wollte, den man in Baden als staatspolitischen in besonders liebevollem Andenken hat. Wilhelm II. wußte nicht, daß Reden Silber und Schweigen Gold ist. Seine Reden waren sehr oft nicht einmal Silber, sie waren Blei. Diese peinliche Lausade zu veröffentlichen, hat sich die bürgerliche Presse manchen Schwermutkosten leisten lassen; sie mußte bei allem und jedem immer noch etwas Beachtenswertes aus den allerhöchsten Äußerungen herauszufischen suchen, die die Majestät bei feierlichen Anlässen, besonders der feierlichen Gasmählern, von sich gab. Es besteht kein Zweifel, daß Wilhelm II. von Anfang an an einer ungeheuren Selbstverhäufung litt. Er vernahm sich, Wölfe zu wälzen, denen keine Kräfte nicht entsprach. Um Galt seiner zu einem unermesslich raschen Abstieg gekommenen Regierung ragen nur noch seine gewaltigen Worte empor als Momente eines Cafarenbauens, die noch weiterhin in die Jahrsunde ihre abgewandten Schatten werfen. Wilhelm II. war es, der bei der Thronbesteigung das Versprechen gab: „Geistlichen Zeiten führe ich euch entgegen!“ Geworden ist es in Deutschland zuletzt so, wie Franz Moor, die Kanaille, in den „Mühlern“ es als sein Herrscherideal ausspricht: „In meinem Gebiet soll es so weit kommen, daß Kartoffeln und dünn Bier ein Traktament für Festtage werden.“ Wilhelm II. sagte 1890: „Die Sozialdemokratie nehme ich auf mich“, und in Charlottenburg nannte er 1899 die Sozialdemokratie „eine vorübergehende Erscheinung; sie muß sich auflösen“. In Wirklichkeit war er selbst der beste Agitator der sozialdemokratischen Partei, deren Stimmzahl in die Millionen wuchs. Der 103. Abg. Einzel gab einst im Reichstag die Versicherung, jede Kaiserrede brachte ihnen einen Zuwachs von 20 000 Mitglieder. Wilhelm sagte: „Navigare necesse est, vivere non est necesse“ (Schiffahrt ist nötig, Leben ist unnötig.) Er sagte ferner 1897: „Der Dreikönig gehört in unsere Faust“ und nannte sich in einem Telegramm an den Baron den „Admiral des Atlantischen Ozeans“. In diesen Tagen muß der Admiral des Atlantischen Ozeans erleben, daß seine schiffischen Schiffe von der Seemacht interniert werden, der er den Dreikönig aus der Hand eifern wollte. Bittler hat sich unangebracht Gepredigtet wohl nicht geteilt. Die Engländer haben sich die herausfordernden Reden bei Schiffsreisen und Reduzierenbereidigungen wohl gemerkt, und sie waren von vornherein nicht gut zu sprechen auf den Träger des Titels „Supreme War-Lord“ (Höchster Kriegsherr), der englischen Ehren wie eine oberhirtliche Götterkürzung klang. Wilhelm II. äußerte 1893 in Wilhelmshaven mit Bezug auf Kiautschou: „Wo der deutsche Vorkriegsflotte in ein Land geschlagen hat, das ist deutsch und wird deutsch bleiben.“ Heute ist Kiautschou japanisch und wird japanisch bleiben. Wilhelm II. verheißt 1888 bezüglich Ostafrikas, daß wir „Ueber unsere gesamten Anacker und 42 Millionen Einwohner auf der Erde liegen lassen, als daß wir einen einzigen Stein von dem, was mein Vater und Prinz Friedrich Karl errungen haben, abtreten.“ Mein Stein von dem, was diese beiden Herrscher errungen haben, ist heute noch in deutschen Händen. Auf der ganzen Linie ein Bankrott im guten wie im Bösen, dem die Geschichte nichts an die Seite zu setzen hat. Die Ursache dieser Reitere von Mißerfolgen liegt zum Teil in dem Verlangen, das allen Schatzkammern anhaftet, wenn praktische Arbeit an sie herankt. Bei aller Missetätigkeit und Begabung des verhassten Kaisers-Wied er doch nur Dummheit: er stellte er alle Probleme, gab amgehende Urteile von beifälliger Oberflächlichkeit ab und flatterte weiter.

8. Neu in Beschäftigung tretende erhalten mindestens den Verdienst oder Gehalt eines gleichwertigen Arbeiters (Arbeiterin) oder Angestellten (Angestellte).
9. Für Ausnahmetage muß der volle Lohn oder Gehalt gezahlt werden.
10. Entlassungen von Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten dürfen nur zur endgültigen Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten der Arbeitgeber erfolgen. Ein dem Entlassenen zustehendes Arbeitslosengeld ist zu zahlen. Der gesetzliche Termin der Kündigung ist der Tag, an dem die gesetzliche Arbeitslosenfürsorge in Wirksamkeit tritt. Soweit seit dem 9. November 1918 Entlassungen bereits erfolgt sind, muß den Entlassenen eine Entschädigung in Höhe eines zweimonatlichen Verdienstes nachgezahlt werden. Haben Entlassene anderwärts Arbeit gefunden, so ist ihnen nur für die arbeitslosen Tage Entschädigung zu zahlen.
11. Ausnahmen über Arbeitszeit, Lohnhöhe, Gehälter, Entlassungen und das Inkrafttreten dieser Verordnung sind nur zulässig, wenn solche mit den zuständigen Berufsorganisationen (Gewerkschaften, Angestelltenverbänden) in Verbindung mit den Arbeiter- und Soldatenräten vereinbart werden. Solche Vereinbarungen sind sofort den Gewerkschaften anzugehen.
12. Arbeitervereine (sogenannte gelbe Organisationen) gelten nicht als Berufsorganisationen.
13. Unrechtmäßig, die groß zahlreich, absichtlich oder fahrlässig gegen vorstehende Verordnung verstoßen, gewerkschaftliche Verhaftung und Entziehung des Verfassungsbereiches über ihre Betriebe.
14. Maßnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte, die mit dieser Verordnung in Widerspruch stehen, treten außer Kraft.
15. Diese Verordnung tritt am 25. November 1918 in Kraft.

Erlassen, den 22. November 1918.
 Arbeits- und Wirtschaftsministerium: Schwarz, Volksbeauftragter.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Erzeugnisse der sozialistischen Revolution sind in Gefahr.
 Die drohende Katastrophe zeichnet sich täglich deutlicher ab. Bergsteigt nicht, wie wir sehen. Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch ärmer. Unser Boden ist vernachlässigt und ausgezehrt, unser Vieh geschlachtet, unsere Verkehrsmittel sind heruntergekommen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern abgemindert, teilweise ruiniert, die wichtigsten Rohstoffe mangelnd. Zehntausende Arbeitslosenbedingungen lähmen unsere Bewegungsfreiheit. Ungeheuerlich sind die Kosten, die der feindliche Feind uns auferlegt.

Arbeiter! In eurer, nur in eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten, ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben, und das, was auf Bürgerkrieg folgt, die Vernichtung aller Errungenschaften eurer Revolution. Ihr müßt arbeiten. Der Sozialismus verlangt Arbeit, kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit. Wer feiert muß, soll Unternehmung bekommen; aber wer feiert, obwohl er arbeiten sollte, macht sich und die anderen ärmer, vernichtet sich auf seinem Boden und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch herbeiführen, der schließlich auch ihn selbst vernichtet. Arbeiter, bleibt nicht in den Großstädten zusammengebrannt, wo die Zukunft auch nicht genug Licht scheinen kann, weil es an Kohle und anderen Betriebsstoffen fehlt, und wo ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil die Lebensmittel nicht herangezogen werden können. Geht hinaus aufs Land, in die Städte der Provinz! Die Straße, die in Berlin und anderen Großstädten brach liegen, werden dort dringend gebraucht. Geht zu den Arbeitsnachweisen. Sie werden euch sagen, wo ihr lohnende Arbeit findet, die euch nährt und das Volk retten hilft. Ärmere darf sich nicht darauf verlassen, an dem Orte zu bleiben, in dem er während des Krieges gekommen ist. An der Vernunft, an der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt das Wohlfahrt, die Freiheit und die Zukunft unserer sozialistischen Republik. Arbeiter, führt eure Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktion, rettet sie vor dem Abgrund durch Hunger und wirtschaftliche Auflösung!

Der Rat der Volksbeauftragten:
 Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Vorh.

Gewerkschaften und Arbeiterräte.

Eine interessante Verfügung des unabhängigen Staatssekretärs im Reichs-Ernährungsamt, Emanuel Wurm, teilt das Berliner Tageblatt mit. Danach hat Wurm alle der Aufsicht des Reichs-Ernährungsamtes unterstellten Vereine angeordnet, die über den Arbeitsbedingungen nicht mit den Arbeiterräten, sondern mit den Gewerkschaften zu treffen. Die Unabhängigen erkennen also auch an, daß auf diesem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Gewerkschaften die allein zuständigen Instanzen sind.

Deutscher Beamtenbund.

Nach gründlicher Vorbereitung ist der einheitliche Zusammenschluß der gesamten deutschen Beamtenschaft auf gewerkschaftlicher Grundlage unter Zustimmung aller beteiligten Verbände im „Deutschen Beamtenbund“ erfolgt. Der Bund umfaßt sämtliche Großorganisationen der Beamten und Lehrer mit circa 1 1/2 Millionen Mitgliedern und stellt damit die einzige Gesamtvertretung der deutschen Beamtenschaft dar. Zum ersten Vorsitzenden wurde Generaldirektor Kemmerich (Berlin) gewählt. Für den zweiten Vorsitz ist ein Vertreter der sächsischen Landesverbände vorgesehen. In den geschäftsführenden Vorstand wurde eine Reihe von Vertretern der verschiedenen Verbände und Verwaltungen berufen. Zur Leitung der Geschäfte wurde ein Direktorium von vorläufig zwei Mitgliedern, bestehend aus den Herren Falkenberg und Dr. Hoeftle (Leipziger nächst nebenamtlich), eingesetzt. Die Hauptforderungen des Bundes sind: Rechtliche Regelung des Beamtentades, sowie alsbaldige Neuordnung der Befoldungsverhältnisse. Zur Durchführung dieser Reformen wird die Schaffung eines Reichszentralamtes für Beamtensachen gefordert, das im Zusammenwirken mit dem Beamtenbunde seine Aufgaben zu lösen hat. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin S. 12, Oranienstraße 140/42. Das Organ des Bundes ist: „Die Gemeinschaft“.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Überbergamtsbezirk Dortmund.

Gleich an die richtige Schwelle gehen.

Dazu haben wir schon sehr oft aufgefordert, aber vergeblich. Mit dem Streik werden entseht, Beamtene amte abgesetzt, abgesetzte Beamtene wieder eingesetzt usw. Hier zeigt sich ein ungezügelter Landbrand. Aber selbst gleich an die richtige Schwelle zu gehen - dazu reicht es nicht, da wird der große Umweg über die „Bergarbeiter-Zeitung“ vorgezogen. Ruhig und konsequent ist das wirklich nicht!

Über abgesehen davon, ist es jetzt auch nicht mehr notwendig und zweckmäßig, weil die Arbeiterorganisationen endlich ihre Anerkennung durchgesetzt haben und folglich alle Streitfragen, Wünsche und Beschwerden auf dem Verhandlungswege zum Ausdruck gebracht werden können. Warum geschieht das nicht in allen Fällen? Haben wir uns etwa deshalb den Verhandlungswege erspäht, um ihn nicht zu benutzen? Das scheint es so.

Der antwortet aus alter Gewohnheit oder aus Mangel an Selbstvertrauen noch immer den Umweg über die „Bergarbeiter-Zeitung“ wählt, begibt sich damit selbst der Gleichberechtigung, die wir jedoch ernst erwünscht haben. Diese kann doch nur dann zur Geltung kommen, wenn sich die Arbeiter auch selbst als gleichberechtigt fühlen und danach handeln. Ist es denn wirklich so schwer, das einzusehen? Oder gilt die Gleichberechtigung so wenig, daß sie einfach wieder preisgegeben werden kann?

Außerdem muß bei der Berichterstattung mehr berücksichtigt werden, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ das Zentralblatt unseres Verbandes ist, das nicht über lokalen Angelegenheiten berichten kann. Entsprechend ihrer Eigenschaft als Zentralblatt soll die „B.Z.“ nur bringen, was nicht lediglich lokales, sondern allgemeines Interesse beansprucht. Auch da können sich diese Mitarbeiter nicht hineinfinden. Mit lokalen Angelegenheiten werden wir überlastet. Von Dingen, die allgemeines Interesse beanspruchen, erfahren wir dagegen oft genug nichts.

Ist es denn z. B. wirklich angenehm, unseren mehr als 200 000 Mitgliedern, welche auf etwa 200 Werten in ganz Deutschland beschäftigt sind, durch die „Bergarbeiter-Zeitung“ mitzuteilen, daß auf Jede Richtungsänderung die Lampen nicht funktionieren, die Lampen nicht laufen, die Abortschlüssel überlaufen, die Straßen nach links, die Wagen nicht laufen, die Seilschicht unordentlich lagert, die Schubler überhand nehmen, die Beamten immer unzufriedener werden, die Bewertung nicht ausreicht und der Vertriebsbereich des Abes überflüssig? Was die „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht jedes Interesse verlieren, wenn sie mit solchen Scherzhaftigkeit gefüllt wird?

Wir verlangen es, daß wir das alles in ein paar Zeilen sagen müssen. Aber die gute Beharrlichkeit, womit die Mitarbeiter den gewohnten Umweg über die „Bergarbeiter-Zeitung“ unentwegt weiter gehen,

zwingt uns dazu. Diese können sich mit dem neuerstirnten, viel einfacheren und kürzeren Verhandlungsweg anscheinend gar nicht befreunden. Und doch muß dieser Weg gegangen werden, weil wir sonst nicht zur Gleichberechtigung kommen, diese vielmehr mühsam preisgeben. Das müssen alle einsehen lernen und endlich auch danach handeln.

Spartakus für Kohlennot, Krawalle und feindliche Besetzung.

Wir haben schon in Nr. 51 der „Bergarbeiter-Zeitung“ geschildert, in welcher Weise die Spartakisten auf die deutsche Arbeiterbewegung durchgesetzt haben. Ihre sonstigen Auftritte stimmen damit in jeder Beziehung überein. Was sie wollen, haben sie offen ausgesprochen: Zerstörung und feindliche Besetzung. In einer Delegiertenversammlung von Duisburger Arbeiter am 15. Dezember in Obermarxloh sagte ein Spartakist aus Düsseldorf:

„Die Arbeiterbewegung ist bisher von ihren Organisationen fast ganz erloschen. Die einzig richtige Erziehung kann nur durch die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften erfolgen, welche sich durch die direkte Aktion, d. h. durch Arbeitsniederlegung, und, wenn dadurch allein nichts mehr erreicht werden kann, durch Sabotage durchzusetzen. Von verschiedenen Parteien ist die Besetzung ausgeprochen worden, die feindlichen Truppen würden eventuell das Ruhrgebiet besetzen. Das wird von uns gerade beabsichtigt und gewollt. Ganz Deutschland muß besetzt werden. Dann wird Frankreich und England von Truppen erblüht und unsere Weiber können dort zur Revolution übergehen. Dann kommt der Tag der europäischen und vielleicht der Weltrevolution. Auf diese Welt wird Deutschland auch am besten vom Klassenstand und von der Zahlung der Kriegsschuldung befreit.“

Man könnte diese Ausführungen als Auswüchse eines kranken Geistes ansehen und abgesehen davon hinweggehen, wenn sie nicht mit denen anderer Spartakisten übereinstimmen. So ist die Besetzung einer Zone bei Essen, welche für die von Westfalen besetzte Ruhrgebiets Stadt Preuß das Leuchtgas zu liefern hat, durch das Eingreifen zweier Spartakisten in den Streik geliehen worden. Als darauf hingewiesen wurde, daß die betreffende Wasserleitungsbedingung nicht erfüllt werde und die feindliche Besetzung erfolge, falls das Leuchtgas nicht geliefert würde, erfolgte die bezeichnende Antwort: „Das ist uns gleichgültig!“

Dieser Spartakist wagte es also noch nicht direkt auszusprechen, daß von ihnen beabsichtigt und gewollt ganz Deutschland besetzt werden muß. Darum antworteten sie ausweichend: „Das ist uns gleichgültig!“

Am 18. Dezember fand sich beim Arbeiter- und Soldatenrat in Eschwege bei Darmstadt ein Spartakist aus Düsseldorf ein und forderte, es müsse eine Massenversammlung für die Bergarbeiter stattfinden, um Lohnerböschung und Schicksalsveränderung zu besprechen. Es entspann sich dann folgende Auseinandersetzung:

A. u. S.-Rat: „Die Bergarbeiter werden durch ihre Organisationen vertreten, die verhandeln mit dem Zechenverband. Streiks sind jetzt zu vermeiden, wir brauchen Kohlen!“

Spartakist: „Wir vertreten die Arbeitermassen. Der Streik erhöht die revolutionäre Energie!“

A. u. S.-Rat: „Wenn die Kohlennot noch größer wird, müßt die Arbeitseinstellung und wir bekommen Krawalle!“

Spartakist: „Das schadet nichts, das wollen wir gerade!“

A. u. S.-Rat: „Entscheiden Krawalle, dann bekommen wir feindliche Besetzung!“

Spartakist: „Das wollen wir gerade! Die feindliche Besetzung wird auch revolutionär, die Revolution muß so weiter getrieben werden!“

Ohne Umschweife wird also hier ausgesprochen, daß die Spartakisten Kohlennot, Krawalle und feindliche Besetzung wollen, um zur europäischen und vielleicht zur Weltrevolution zu kommen. Das ist zwar reichlich naiv, aber - es ist nichts so dummes, es findet sein Publikum.

Solche Karren könnte man ruhig laufen lassen und sie wären unbeschädigt, wenn die Werksleiter ihnen nicht seit Jahrzehnten den Boden bereitet hätten durch Erziehung und Unterbindung der gewerkschaftlichen und politischen Schulung. Unsere gewerkschaftliche und politische geschulten Leute lächeln über solche Reden. Bei den östlich überwiegen gelben und unorganisierten Delegierten hingegen ist aber Anklage, wie die jüngsten Vorgänge im Bergbau beweisen. Die Delegierten ernten somit nur, was sie sät haben. Bedauerlich ist, daß die Gesamtheit mit darunter leiden muß.

Mit der Gesamtheit mit darunter leiden muß, darf dem selbstmörderischen Treiben der Spartakisten nicht länger tatenlos zugehört werden. Unsere alten erprobten Zechenkameraden müssen im Notfall zur Selbsthilfe greifen. Unter keinen Umständen dürfen sie sich länger von selbstmörderischem Unverstand terrorisieren lassen, wie es schrecklich geschehen ist. Wilde Streiks bedeuten jetzt Selbstmord und Wahnsinn. Wer dazu aufrichtet, muß gestraft und zur Verantwortung gezogen werden.

Wahmannschaften zum Schutze der Zechen.

Es wird berichtet, daß der General-Soldatenrat beim Generalkommando in Wilmshausen mit der Regierung beschloßen hat, Wahmannschaften zum Schutze der Zechen im Bereiche des Ruhrbezirks zu entsenden. So weit hat es also der selbstmörderische Unverstand gebracht, daß solche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Freiheit und Betriebsbedingungen zu schützen. Durch die wilden Streiks und ihre Begleiterscheinungen ist dem Interesse der Bergarbeiter sowie dem Gesamtinteresse aber schon soviel geschadet worden, daß es so wie bisher nicht weiter gehen darf. Wer sich über alle getroffenen Vereinbarungen hinwegsetzt, Freiheit und Betriebsbedingungen bedroht, handelt gemeingefährlich und muß auch dementsprechend behandelt werden. Wir haben die alte Gewaltherrschaft nicht abgeschüttelt, um uns dem selbstmörderischen Unverstand von Leuten zu beugen, die zum größten Teil bis vor wenigen Wochen noch unorganisiert oder gelb waren und sich nun vor wirtschaftsfeindlichen Spartakisten mißbrauchen lassen. Der Gesamtschutz dieser Leute und ihrer politischen Interessen muß ebenfalls mit den Mitteln begegnet werden, die zweckdienlich erscheinen. Dieser Einseitigkeit wird sich niemand verschließen können, der die Dinge kennt und es ehrlich meint.

In die Grubenbeamten des Ruhrreviers.

Durch unseren Bergbau geht eine Streikwelle, die zu bebauern ist, da unsere gesamte Wirtschaft darunter leidet. Wir bitten deshalb unsere Bundesmitglieder, in jedem einzelnen Falle allen Streikbewegungen mit größtem Disziplin zu begegnen und sich nicht zu unüberlegten Schritten hinreißen zu lassen. Da sich die Grubenbeamten erst in den letzten Tagen in Stärke von 8000 Mann unserer Organisation angeschlossen haben und die gewerkschaftliche Schulung noch nicht Allgemeinot geworden ist, halten wir es für nötig, unseren Standpunkt zur Frage der Streiks nochmals zu erläutern:

Jeder Streik und die Beteiligung an solchen darf nur im Einverständnis mit dem Bund (Ortsgruppe, Gaugeschäftsstelle) erfolgen. Kein Bundesmitglied darf, falls eine andere gewerkschaftliche Organisation die Arbeitsunterbrechung veranlaßt hat, Streikarbeit verrichten. Handelt es sich nur um wilde Streiks, wie jetzt augenblicklich, so darf die Arbeitsniederlegung nicht erfolgen. Sollte jedoch die Tätigkeit infolge drohender persönlicher Gefahren nicht ausgeübt werden können, so ist hierzu das Einverständnis der Zechenverwaltungen einzuholen.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Neues Leben blüht aus den Ruinen.

Die gewaltige soziale, politische und wirtschaftliche Umwälzung hat auch unter den Bergarbeitern im Rheinland einen neuen Geist geweckt. Sie beginnen sich jetzt allmählich als gleichberechtigte Vertragskontrahenten zu fühlen, ihr Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen sind außerordentlich gestiegen. Im Rheinland waren die Bergarbeiter bisher besonders veragert und fleiggläubig. Hier hatte der deutsche Wädel seinen Winterzug geschlagen. Jetzt endlich, nachdem das alte Haus umgestürzt, sind sie durch den Sturz erwaht und neues Leben hat sie ergriffen. Fast alle Bergarbeiter, bis auf einen Bruchteil ganz verschlossener, haben an der Tätigkeit der Delegationsvertreter erkannt, wie wichtig und maßgebend es ist, sich der Berufsorganisation anzuschließen. Besonders die besten Köpfe Langensfeld, Leimbach und Liefenort haben einen festen Willensentschluß zum Verzeichnen. Die organisierten Bergarbeiter werden nicht eher ruhen, bis der letzte Mann gewonnen ist. Nur eine reiflos organisierte Arbeiterkraft kann ihre Interessen wahren gegenüber den Zechenverbänden. Nur dadurch können auch die Erzeugnisse beschaffen werden. Darum: Glückauf zur weiteren erfolgreichen Agitation!

In seiner Berufsorganisation. Wie im Felde, so gibt es auch in der Heimat mit den Kampfgenossen Schuler an Schüler zu stehen und zu kämpfen. Wer sich absetzt, schadet sich selbst und der Gesamtheit und muß auch dementsprechend behandelt werden. Die organisierten Bergarbeiter sind es überdies, für die Unorganisierten auch weiter die Bestanden aus dem Feuer zu helfen. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns und wird auch als Gegner behandelt. Danach mag sich jeder richten. Welche Rechte sehen gleiche Pflichten voraus. Es ist nicht weiter angängig, daß wohl die Rechte beansprucht und die Erfolge der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit eingeholt, aber keine entsprechenden Pflichten erfüllt werden. Wer miteminen will, muß auch mitgehen. Schmarotzereigenschaften sind eine Gefahr für alle und müssen verschwinden. Dafür werden die organisierten Bergarbeiter aus dem Rheinland mit aller Kraft einziehen. Und sie werden es mit allen erlaubten Mitteln tun, die je weilig angebracht und zweckdienlich erscheinen. Aus den Ruinen wird dann neues und dauerndes Leben erblühen.

Belegschaftsversammlung der Grube Marga.

Eine gut besuchte Belegschaftsversammlung sämtlicher Betriebe von Grube Marga tagte am 15. Dezember im Gasthof „Höflich“. Grund dazu waren die Verhandlungen im Kohlenrevier der Niederrhein und Einführung des Achtstundentages. Kamerad Laubenthal gab nach Eröffnung der Versammlung den provisorischen Mindestlohn tarif bekannt. Danach wird der Mindestlohn wie folgt im ganzen Revier gezahlt:

Zechenbauarbeiter	12,00 M.
Tagebauarbeiter	11,50
Schlepper und Helfer	11,00
Gewerkschaftsarbeiter	10,50
Gewerkschaftsbeamter	10,00
Sonstige Hilfsarbeiter	9,00
Frauen	7,00
Jugendliche von 16 bis 17 Jahren	7,00
Jugendliche von 15 bis 16 Jahren	6,50
Jugendliche von 14 bis 15 Jahren	6,00

Die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bisher diesen Lohn nicht erreicht haben, bekommen eine Zulage von 0,20 M. für Jugendliche und weibliche Arbeiter und von 0,10 M. für erwachsene Arbeiter. Kindergeld wird pro Monat und Kopf 0,20 M. gezahlt. Der Achtstundentag wird nach Möglichkeit eingeführt, spätestens bis 1. Febr. 1919. Der Arbeitsnachweis muß paritätisch sein.

Dies waren die Hauptpunkte, welche auch in der Ansprache beachtet wurden. Wohl waren nicht alle Kameraden in ihren Ausführungen mit dem Genannten einverstanden; sie waren vielmehr der Meinung, es hätte mehr herausgeschlagen werden müssen. Im Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution mit übergroßer Mehrheit angenommen:

„Die am 15. Dezember im Gasthof Höflich tagende Belegschaftsversammlung aller Betriebe der Grube Marga erklärt sich mit den Erzeugnissen der Organisation einverstanden und verpflichtet sich den Belegschaften zu unterwerfen.“

Saargebiet und Rheinland.

An die Saarbergarbeiter.

Die Bezirksleitung unseres Verbandes und die des christlichen Gewerkschafts für das Saarrevier wenden sich mit folgendem Aufruf an die Saarbergarbeiter:

Bekanntlich hatten die beiden Bezirksleitungen nach vorletzter Aussprache am 12. November bei der Bergwerksdirektion u. a. die Forderung nach Einführung des Achtstundentages erhoben. Inzwischen erfolgte die Besetzung der Bergwerksdirektion durch französische Truppen, auf welche nunmehr das Verfassungsgesetz über zu treffende Neuordnungen überging. Alle mühsamen Versuche, auch unter den neuen Verhältnissen den Achtstundentag zur Einführung zu bringen, blieben ergebnislos. Der Kommandant erklärte, daß unter Verhinderung der Kohlenmarktlage während der Besetzung die achtstundentägige Schicht im hiesigen Bergbau beibehalten werden müsse. Alle weiteren Versuche, in der Arbeitszeitfrage eine Wendung herbeizuführen, seien quacksalber. Das Gebiet sei militärisch von den Franzosen besetzt und ihren Anordnungen sei unbedingt Folge zu leisten. Kämen die Bergleute dieser Anordnung nach, dann sei er gern bereit, mit den Organisationsleitungen über die sonstigen Wünsche der Bergleute zufällig zu verhandeln. Wenn Ruhe und Ordnung im Revier gewahrt bliebe, sei er bereit, die Lage der Bergarbeiter und deren Familien erträglich zu gestalten. Schon jetzt habe er von den Behörden die Unterlagen über den Stand der Ernährung eingefordert, um die hier notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungsfrage treffen zu können. Die Bergarbeiter ersehen aus dieser Darstellung, daß die Organisationsleitungen alles getan haben, was geschehen konnte, unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Achtstundentag zu erreichen. Durch die Besetzung des hiesigen Gebietes ist die Lage wesentlich anders, wie in der übrigen deutschen Bergbauregionen. Wir müssen notgedrungen die alte Forderung nach Einführung der Achtstundentag juristisch stellen. Da uns kein anderer Weg übrig bleibt, fordern wir im Interesse der Bergarbeiter und ihrer Familien unsere Mitglieder auf, sich in das Unvermeidliche zu fügen und wie immer gewerkschaftliche Disziplin an den Tag zu legen. Dies ist unbedingt notwendig, um Schlimmeres zu verhüten und zukünftige Verhandlungen mit den Militärbehörden nicht unmöglich zu machen.“

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 52. Woche (vom 22. bis 29. Dezember 1918) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Statut betreffend.

Der Druck eines kurzen Auszuges unseres Statuts ist nun fertiggestellt. Wir bitten die Zahlstellen, die fehlende Zahl der Statuten bei uns oder beim Bezirksleiter zu bestellen, damit der Versand vollzogen werden kann. Der Vorstand.

Ueberritte.

Nach Beschluß der Konferenz der Verbandsvorstände, die am 3. Dezember in Berlin stattfand, ist das anfangs des Krieges beschlossene Ueberrittsverbot aufgehoben, doch soll bei den Ueberritten möglichst tolerant verfahren werden. Dem Ueberritt von Kameraden, die als Bergarbeiter beschäftigt sind, aber einer anderen Berufsorganisation angehören, in unsere Organisation, steht daher nichts mehr im Wege.

Bücherrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisionen die Arbeit zu erleichtern. Dortmund IV. Vom 1. bis 15. Januar.

Bibliotheken.

Garyen. Bücherausgabe erfolgt jeden 2. und 4. Sonntag im Monat in der Wohnung des Kameraden Heinrich Weimüller, Garyen Nr. 128 c. Mitgliedsbuch legtimitert.

Krankentaggungs-Auszahlung.

Kamen I. Die Auszahlung der Krankentaggungs erfolgt bei dem Kameraden Gustav Kühmann, Provinzialstraße 80. Garyen. Krankentaggung wird jeden Sonntag im Monat, vormittags von 10-11 Uhr, beim Kameraden Wilhelm Dietmeyer, Dorfstraße 145, ausgezahlt.

Darmstadt. Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt von jetzt ab nun noch Dienstags, vormittags von 8-12 Uhr, in der Wohnung des Kameraden Friedrich Schneider, Hamborn, Alleestraße 127, I. Et. (über der Oranienstraße).

Abwesenheitsänderungen.

Kamen I. Die Geschäfte des 1. Vertrauensmannes führt vom 1. Jan. ab der Kamerad Gustav Kühmann, Provinzialstraße 80. Erste I. Der Vertrauensmann Kamerad Wehler wohnt jetzt Kronprinzenstraße 2.

Wegen Kohlenmangel mehrere Fabriken still, folglich wird die „Bergarbeiter-Zeitung“ häufig nur zweifach erscheinen können.